



**Geschäftsführung**  
**Ausschuss Soziales und Senioren**

Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467  
Fax : (0221) 221-29047  
E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 08.11.2010

**Auszug**  
**aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses**  
**Soziales und Senioren vom 04.11.2010**

**öffentlich**

**12.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft**  
**1346/2010**

Der Vorsitzende Herr Helling merkt zum weiteren Verfahren an, dass der Integrationsrat eine federführende Rolle bei der Erstellung und bei der Beschlussfassung dieses Konzeptes übernehme. Der Integrationsrat habe sich in zwei Sitzungen mit dieser Vorlage beschäftigt und entsprechende Beschlussempfehlungen in beiden Sitzungen abgegeben.

Nach Durchlauf in den Fachausschüssen werde wieder eine Beratung im Integrationsrat stattfinden. Der Integrationsrat werde sich dann mit allen Stellungnahmen der Fachausschüsse beschäftigen und dann für den Rat eine möglicherweise geänderte Vorlage, die versuche, alle Anregungen aus den Fachausschüssen aufzunehmen.

Herr Helling weist darauf hin, der Integrationsrat habe im September beschlossen, den Maßnahmenteil von dieser Beschlussfassung abzukoppeln. Der Beschlussvorschlag, der beide Teile, d.h. das Integrationskonzept und das Maßnahmenprogramm betreffe, sei entsprechend geändert worden. Damit gehe es in der Beschlussfassung in allen Fachausschüssen nur noch um das Integrationskonzept selber und nicht mehr um das Maßnahmenprogramm.

Im Oktober habe der Integrationsrat in einem ersten Durchlauf weitere inhaltliche Ergänzungen zu dem Konzept integrative Stadtgesellschaft vorgenommen. Diese liegen heute als Tischvorlage vor.

Herr Helling schlägt vor, dass der Ausschuss für Soziales und Senioren diese beiden Beschlussfassungen des Integrationsrates bestätigen solle und darüber hinaus bei

Bedarf über bestimmte sozialpolitische Vorstellungen in diesem Konzept diskutieren könne.

SB Frau Wilden kritisiert das vorliegende Konzept, dass eher eine ideologische Abhandlung sei und nicht als seriöse Arbeitsgrundlage gelten könne. Frau Wilden erklärt, der Beschlussvorlage werde sie nicht zustimmen.

RM Herr Ensmann erklärt, dass die CDU für die Alternative stimmen werde. Diese Haltung sei dadurch begründet, dass für die Fraktion nicht überschaubar sei, welche Kosten mittelfristig bei diesen Maßnahmen entstehen werden. Eine genauere Prüfung der heutigen Tischvorlage sei ebenfalls so kurzfristig nicht möglich.

Herr Ensmann betont, damit sei nicht gesagt, dass das gesamte Konzept und die vorgeschlagenen Maßnahmen schlecht seien.

RM Frau Schmerbach weist darauf hin, dass durch die Abkopplung des Maßnahmenprogramms erst in einem zweiten Schritt über die Finanzierung beraten werde.

Der Vorsitzende Herr Helling stellt seinen Vorschlag, die beiden Beschlüsse des Integrationsrates zu bestätigen und die Beschlussvorlage der Verwaltung dementsprechend abzuändern, zur Abstimmung.

Eine Abstimmung über die Alternative erübrigt sich auf Grund des nachfolgenden Abstimmungsergebnisses.

## **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren bestätigt den Beschluss des Integrationsrates vom 09.09.2010 und empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das „*Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft*“ als Arbeitsgrundlage für die strategische Zielausrichtung und Steuerungsgrundlage der Querschnittsaufgabe „Integration“ in Köln sowie die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen zustimmend zur Kenntnis.

Um dieses zu erreichen, beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung vorbehaltlich der aktuell und in den Folgejahren im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel

1. verwaltungsintern auf der Grundlage vorhandener Ressourcen Arbeitsstrukturen zu schaffen, die die Planung und Umsetzung sowie Kontrolle der Zielerreichungen von notwendigen integrationsfördernden Maßnahmen sowie die erforderlichen Weiterentwicklungen des Konzeptes sicher stellen,

Da der Integrationsrat maßgeblich auch am Umsetzungsprozess beteiligt wird, sind ihm Zwischenauswertungen und –ergebnisse sowie Fortschreibungsüberlegungen zeitnah mitzuteilen,

Die ursprünglichen Punkte 2-5 werden gestrichen und ersetzt durch:

2. Das dem Integrationskonzept beigefügte Maßnahmenprogramm (ab S. 69), das erstmalig einen Überblick über viele Maßnahmen aus allen Bereichen der Verwaltung konkret auflistet, muss dennoch überarbeitet werden. Obwohl enge inhaltliche Zusammenhänge bestehen, wird es verfahrensmäßig kurz- und mittelfristig vom Integrationskonzept abgekoppelt. Die Verwaltung sollte bei der Über-

arbeitung berücksichtigen, dass an alle wesentlichen Handlungsempfehlungen angeknüpft werden sollte, Prioritäten gesetzt werden, konkrete Schätzungen zu Kosten und Ressourcen erfolgen und die bisherige Trennung zwischen Maßnahmen der Verwaltung und Maßnahme der nichtstädtischen Träger aufgehoben wird. Die Überarbeitung sollte dann in Form eines Workshops, einer Beratungsveranstaltung oder ähnlichem rückgekoppelt werden mit Akteuren, die bereits an der Erstellung des Integrationskonzeptes mitgewirkt haben. Nach einer solchen erweiterten Beratung soll das Maßnahmenpaket im April 2011 den Ausschüssen vorgelegt werden. Der Integrationsrat soll, wie unter Punkt 1 zur Beratungsfolge ausgeführt, beteiligt werden.

3. das vorliegende *Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft* systematisch fortzuschreiben und unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse regelmäßig zu aktualisieren,
4. in regelmäßigen Abständen – spätestens alle drei Jahre - zum Sachstand der Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzeptes zu berichten.

Aus den vorliegenden Handlungsempfehlungen sowie aus den später zu entwickelnden Maßnahmen werden von der Verwaltung Einzelvorlagen zur Beschlussfassung durch Fachausschüsse und Rat vorgelegt. Dabei werden Aussagen zu Finanzierungsmöglichkeiten oder zum Finanzierungsbedarf getroffen.

Weiterhin bestätigt der Ausschuss für Soziales und Senioren den Beschluss des Integrationsrates vom 28.10.2010 der da lautet:

### **Beschlüsse zu einzelnen mündlichen Änderungs- und Ergänzungsanträgen**

#### Beschluss zu Kapitel 4.2:

Der Vorschlag, auf Seite 14 bei der 9. Leitlinie eine Konkretisierung der Angabe zu den ‚angemessenen Sprachkompetenzen‘ vorzunehmen, wird mehrheitlich bei einer Ja-Stimme und zwei Enthaltungen abgelehnt.

#### Beschluss zu Kapitel 5.1:

Der Vorschlag, auf Seite 16 oben mit Spiegelstrich aufgelisteten Handlungsfelder um den Begriff ‚Partizipation‘ zu erweitern, wird mehrheitlich bei drei Gegenstimmen angenommen.

#### Beschluss zu Kapitel 5.3.1:

Der Vorschlag, auf Seite 22, die als 9. Handlungsempfehlung gemachte Aussage mit einem Hinweis auf eine Unterstützung der Aktivitäten der Jugendlichen bei der ‚Bekämpfung von Rassismus‘ zu ergänzen, wird mehrheitlich bei drei Gegenstimmen angenommen.

#### Beschluss zu Kapitel 5.3.3:

Der Vorschlag, auf Seite 27, die 8. Handlungsempfehlung ersatzlos zu streichen wird mit zwei Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

#### Beschluss zu Kapitel 5.4.9:

Der Integrationsrat beschließt mehrheitlich bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung die ergänzende Aufnahme folgender Handlungsempfehlungen:

- die 4. Handlungsempfehlung (Seite 64) wird folgendermaßen ergänzt:  
, Erforderlich ist insbesondere

- die Klärung eines gefestigten Aufenthaltes in einem angemessenen Zeitraum unter besonderer Berücksichtigung von Integrationsleistungen,
- die Zusicherung des Aufenthaltes für die gesamte Ausbildungszeit bei Personen mit unsicherem Aufenthalt (AG 11)';
- es wird neu als 6. Handlungsempfehlung (Seite 64) eingefügt ‚Aufhebung der Residenzpflicht für Frauen in Gewaltsituationen (AG 11)‘ – die Nummerierung der folgenden Handlungsempfehlungen verschiebt sich entsprechend;
- die mittelfristigen Handlungsempfehlungen (Seite 66) werden ergänzt um den Punkt  
 ‚11. Aufstockung von qualifiziertem Personal in der Ausländerbehörde mit dem Ziel der Reduzierung der Fallzahlen (AG 11)‘.

#### Beschluss zu Kapitel 7:

Der Vorschlag ‚die Verwaltung zu bitten, den in diesem Kapitel beschriebenen gesamten Steuerungsprozess einfacher – z.B. durch Grafiken – darzustellen‘, wird mehrheitlich bei drei Gegenstimmen angenommen.

#### Beschluss zu Kapitel 7.1.2:

Der Vorschlag, auf Seite 132, in der letzten Zeile die Worte ‚als beratendes Gremium‘ zu streichen und die Sätze

- ‚Das Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft wird federführend im Integrationsrat behandelt.
- Der Integrationsrat wird den Prozess der Umsetzung und der Weiterentwicklung des ‚Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft‘ mit einem regelmäßigen Tagesordnungspunkt auf seinen Sitzungen behandeln‘

anzufügen, wird einstimmig ohne Gegenstimme angenommen. Ebenso wird auf Seite 133, im zweiten Absatz / zweiter Satz unter den Aufzählungen der Handlungsfelder noch die ‚Interkulturelle Öffnung‘ ergänzt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

Für den Beschlussvorschlag stimmen die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Gegen den Beschlussvorschlag stimmen die Fraktionen CDU und pro Köln.